

* Der Deutsche Städtetag gegen die Erhöhung der Kohlenpreise. Gegen die anscheinend sehr rührig betriebenen Versuche, die Kohlenpreise zu erhöhen, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages zum Schutze der Verbraucher von Hausbrandkohle und der Bezieher von Gas und elektrischem Strom nachdrücklich Stellung genommen. In der an das preussische Handelsministerium und an das Reichsamt des Innern gerichteten Eingabe wird besonders darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise so lange nicht besteht, als das Kohlenyndikat Vergütungen an die Zechen gewährt, während vor dem Kriege die Zechen umgekehrt eine Umlage an das Syndikat gezahlt haben. Wenn weiter von seiten des Kohlenbergbaues die glänzende Lage der Eisenindustrie betont worden ist, so antwortet der Deutsche Städtetag darauf, daß die glänzende Lage eines Kunden überhaupt keine wirtschaftliche Rechtfertigung für die Erhöhung der Preise sei, besonders aber nicht gegenüber solchen Kunden, die sich nicht in glänzender Lage befinden. Das letztere aber trifft für die weitaus größte Zahl der Verbraucher von Heizungskohle, der Abnehmer von Gas usw. zu.